

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 10. August 2005 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokratischen Republik Timor-Leste über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

A. Problem und Ziel

Durch den Vertrag werden Direktinvestitionen völkerrechtlich abgesichert, insbesondere durch Gewährleistung des freien Transfers von Kapital und Erträgen, Vereinbarung von Inländerbehandlung und Meistbegünstigung, Eigentumsschutz und Entschädigungspflicht im Falle von Enteignungen sowie Rechtsweggarantie und internationaler Schiedsgerichtsbarkeit.

B. Lösung

Mit dem Vertragsgesetz sollen die Voraussetzungen nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes für eine Ratifikation des Vertrages geschaffen werden.

C. Alternativen

Keine

Fristablauf: 22. 09. 06

D. Finanzielle Auswirkungen

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugaufwand

Keine

2. Vollzugaufwand

Kein Vollzugaufwand

E. Sonstige Kosten

Kosten für die Wirtschaft und für soziale Sicherungssysteme entstehen nicht. Ebenso ergeben sich keine Auswirkungen auf Einzelpreise, Preisniveau und Verbraucherpreisniveau.

11. 08. 06

Wi

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes
zu dem Vertrag vom 10. August 2005
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Demokratischen Republik Timor-Leste
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Bundesrepublik Deutschland
Die Bundeskanzlerin

Berlin, den 11. August 2006

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 10. August 2005 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokratischen Republik Timor-Leste über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend sind das Bundesministerium für Wirtschaft und das Auswärtige Amt.

Dr. Angela Merkel

Entwurf
Gesetz
zu dem Vertrag vom 10. August 2005
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Demokratischen Republik Timor-Leste
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Berlin am 10. August 2005 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokratischen Republik Timor-Leste über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 14 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil das im Vertrag vereinbarte Diskriminierungsverbot sich auch auf Steuern bezieht, deren Aufkommen den Ländern oder den Gemeinden ganz oder zum Teil zufließt.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 14 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet. Ebenso ergeben sich keine Auswirkungen auf Einzelpreise, Preisniveau und Verbraucherpreisniveau, da es sich um einen Rechtsrahmen handelt, der über den in der Bundesrepublik Deutschland ohnehin bestehenden Rechtsschutz nicht hinausgeht.

Kosten bei Wirtschaftsunternehmen, insbesondere bei mittelständischen Unternehmen, entstehen durch die Ausführung des Gesetzes nicht, da es ausschließlich einen erweiterten völkerrechtlichen Rechtsschutz für Investitionen in Timor-Leste schafft.

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Demokratischen Republik Timor-Leste
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Treaty
between the Federal Republic of Germany
and the Democratic Republic of Timor-Leste
concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments

Acordo
entre a República Federal da Alemanha
e a República Democrática de Timor-Leste
sobre a Promoção e Protecção Recíproca de Investimentos

<p>Die Bundesrepublik Deutschland und die Demokratische Republik Timor-Leste –</p> <p>in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,</p> <p>in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Investoren des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,</p> <p>in der Erkenntnis, dass eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –</p> <p>haben Folgendes vereinbart:</p> <p style="text-align: center;">Artikel 1</p> <p>Für die Zwecke dieses Vertrags</p> <p>1. umfasst der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, insbesondere</p> <p>a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;</p> <p>b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;</p> <p>c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;</p> <p>d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, ge-</p>	<p>The Federal Republic of Germany and the Democratic Republic of Timor-Leste –</p> <p>desiring to intensify economic co-operation between both States,</p> <p>intending to create favourable conditions for investments by investors of either State in the territory of the other State,</p> <p>recognizing that the encouragement and contractual protection of such investments are apt to stimulate private business initiative and to increase the prosperity of both nations –</p> <p>have agreed as follows:</p> <p style="text-align: center;">Article 1</p> <p>For the purposes of this Treaty</p> <p>1. the term “investments” comprises every kind of asset, in particular:</p> <p>(a) movable and immovable property as well as any other rights in rem, such as mortgages, liens and pledges;</p> <p>(b) shares of companies and other kinds of interest in companies;</p> <p>(c) claims to money which has been used to create an economic value or claims to any performance having an economic value;</p> <p>(d) intellectual property rights, in particular copyrights, patents, utility-model patents, industrial designs,</p>	<p>A República Federal da Alemanha e a República Democrática de Timor-Leste –</p> <p>Animadas pelo desejo de intensificar a cooperação económica entre os dois Estados,</p> <p>Desejando criar condições favoráveis para investimentos por parte de investidores de um Estado no território do outro Estado,</p> <p>Reconhecendo que a promoção e a protecção desses investimentos por meio de um Acordo poderão servir para estimular a iniciativa económica privada e incrementar o bem-estar de ambos os povos –</p> <p>Acordaram o seguinte:</p> <p style="text-align: center;">Artigo 1</p> <p>Para efeitos do presente Acordo</p> <p>1. o termo “investimentos” compreende activos de toda a natureza, particularmente</p> <p>a) a propriedade de bens móveis e imóveis, bem como outros direitos reais, tais como hipotecas e direitos de penhora;</p> <p>b) quotas em sociedades e outros tipos de participações em sociedades;</p> <p>c) direitos pecuniários decorrentes de aplicações que geraram um valor económico ou direitos a serviços com valor económico;</p> <p>d) direitos de propriedade intelectual, nomeadamente direitos de autor, patentes, modelos registados,</p>
--	--	---

werbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;

- e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen für natürliche Ressourcen;

eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, lässt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;

2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;

3. bezeichnet der Begriff „Investor“

- a) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:

- Deutsche im Sinne des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland,
- jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht,

- b) in Bezug auf die Demokratische Republik Timor-Leste:

- natürliche Personen, die in Übereinstimmung mit den Gesetzen der Demokratischen Republik Timor-Leste deren Staatsangehörigkeit besitzen,
- juristische Personen, die nach den Gesetzen der Demokratischen Republik Timor-Leste gegründet wurden.

Artikel 2

(1) Jeder Vertragsstaat wird in seinem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Investoren des anderen Vertragsstaats nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit seinen Rechtsvorschriften zulassen.

(2) Jeder Vertragsstaat wird in seinem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Investoren des anderen Vertragsstaats in jedem Fall gerecht und billig behandeln und ihnen den vollen Schutz des Vertrags gewähren.

(3) Ein Vertragsstaat wird die Verwaltung, die Erhaltung, den Gebrauch, die Nutzung oder die Verfügung über die Kapitalanlagen von Investoren des anderen Vertragsstaats in seinem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

trade-marks, trade-names, trade and business secrets, technical processes, know-how, and good will;

- (e) business concessions under public law, including concessions to search for, extract and exploit natural resources;

any alteration of the form in which assets are invested shall not affect their classification as investment;

2. the term “returns” means the amounts yielded by an investment for a definite period, such as profit, dividends, interest, royalties or fees;

3. the term “investor” means

- (a) in respect of the Federal Republic of Germany:

- Germans within the meaning of the Basic Law of the Federal Republic of Germany,
- any juridical person as well as any commercial or other company or association with or without legal personality having its seat in the territory of the Federal Republic of Germany, irrespective of whether or not its activities are directed at profit,

- (b) in respect of the Democratic Republic of Timor-Leste:

- natural persons having the nationality of the Democratic Republic of Timor-Leste in accordance with its laws,
- legal persons constituted under the laws of the Democratic Republic of Timor-Leste.

Article 2

(1) Each Contracting State shall in its territory promote as far as possible investments by investors of the other Contracting State and admit such investments in accordance with its legislation.

(2) Each Contracting State shall in its territory in any case accord investments by investors of the other Contracting State fair and equitable treatment as well as full protection under the Treaty.

(3) Neither Contracting State shall in any way impair by arbitrary or discriminatory measures the management, maintenance, use, enjoyment or disposal of investments in its territory of investors of the other Contracting State.

desenhos e modelos industriais, marcas, nomes comerciais, segredos industriais e comerciais, processos tecnológicos, know-how e good will;

- e) concessões de direito público, incluindo concessões de prospecção, extração e exploração de recursos naturais;

uma alteração da forma de aplicar os activos não afectará a sua classificação como investimentos;

2. o termo “rendimentos” designa os montantes gerados por um investimento durante um determinado período de tempo, tais como participação nos lucros, dividendos, juros, royalties ou outras formas de remuneração;

3. o termo “investidor” designa

- a) no que diz respeito à República Federal da Alemanha:

- alemães nos termos da Lei Fundamental da República Federal da Alemanha,
- pessoas jurídicas, bem como sociedades comerciais ou outras sociedades ou associações com ou sem personalidade jurídica que tenham a sua sede no território da República Federal da Alemanha, independentemente do facto de exercerem ou não uma actividade com fins lucrativos;

- b) no que diz respeito à República Democrática de Timor-Leste:

- pessoas físicas que, de acordo com as leis deste país, tenham a nacionalidade da República Democrática de Timor-Leste,
- pessoas jurídicas constituídas de acordo com as leis da República Democrática de Timor-Leste.

Artigo 2

(1) Cada um dos Estados Contratantes promoverá, no seu território, na medida do possível, a realização de investimentos de investidores do outro Estado Contratante, autorizando-os em conformidade com as disposições legais vigentes.

(2) Os investimentos realizados por investidores de um dos Estados Contratantes no território do outro Estado Contratante gozarão, em cada um dos casos, de um tratamento justo e equitativo, sendo-lhes concedida plena protecção nos termos do presente Acordo.

(3) Nenhum dos Estados Contratantes dificultará de alguma forma, através de medidas arbitrárias ou discriminatórias, a gestão, a preservação, o uso, o desfrute ou a disposição dos investimentos de investidores do outro Estado Contratante no seu território.

Artikel 3

(1) Jeder Vertragsstaat behandelt Kapitalanlagen in seinem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluss von Investoren des anderen Vertragsstaats stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Investoren oder Investoren dritter Staaten.

(2) Jeder Vertragsstaat behandelt Investoren des anderen Vertragsstaats hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in seinem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als seine eigenen Investoren oder Investoren dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die ein Vertragsstaat den Investoren dritter Staaten wegen seiner Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen seiner Assoziation damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die ein Vertragsstaat den Investoren dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Investoren eines Vertragsstaats genießen im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Investoren eines Vertragsstaats dürfen im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung direkt oder indirekt enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muss dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muss unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muss tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muss in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Investoren eines Vertragsstaats, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staats-

Article 3

(1) Neither Contracting State shall subject investments in its territory owned or controlled by investors of the other Contracting State to treatment less favourable than it accords to investments of its own investors or to investments of investors of any third State.

(2) Neither Contracting State shall subject investors of the other Contracting State, as regards their activity in connection with investments in its territory, to treatment less favourable than it accords to its own investors or to investors of any third State.

(3) Such treatment shall not relate to privileges which either Contracting State accords to investors of third States on account of its membership of, or association with, a customs or economic union, a common market or a free trade area.

(4) The treatment granted under this Article shall not relate to advantages which either Contracting State accords to investors of third States by virtue of a double taxation agreement or other agreements regarding matters of taxation.

Article 4

(1) Investments by investors of either Contracting State shall enjoy full protection and security in the territory of the other Contracting State.

(2) Investments by investors of either Contracting State shall not directly or indirectly be expropriated, nationalized or subjected to any other measure the effects of which would be tantamount to expropriation or nationalization in the territory of the other Contracting State except for the public benefit and against compensation. Such compensation shall be equivalent to the value of the expropriated investment immediately before the date on which the actual or threatened expropriation, nationalization or comparable measure has become publicly known. The compensation shall be paid without delay and shall carry the usual bank interest until the time of payment; it shall be effectively realizable and freely transferable. Provision shall have been made in an appropriate manner at or prior to the time of expropriation, nationalization or comparable measure for the determination and payment of such compensation. The legality of any such expropriation, nationalization or comparable measure and the amount of compensation shall be subject to review by due process of law.

(3) Investors of either Contracting State whose investments suffer losses in the territory of the other Contracting State owing

Artigo 3

(1) Cada um dos Estados Contratantes dará a investimentos pertencentes a ou promovidos por investidores do outro Estado Contratante no seu território um tratamento não menos favorável que o dado a investimentos dos seus próprios investidores ou de investidores de terceiros Estados.

(2) Cada um dos Estados Contratantes dará a investidores do outro Estado Contratante, no tocante às actividades decorrentes do investimento realizado no seu território, um tratamento não menos favorável que o dado aos seus próprios investidores ou aos investidores de terceiros Estados.

(3) Este tratamento não se refere a privilégios concedidos por um Estado Contratante aos investidores de terceiros Estados na sua qualidade de membro ou associado de uma união aduaneira ou económica, de um mercado comum ou de uma zona de livre comércio.

(4) O tratamento garantido por este Artigo não se refere a benefícios concedidos por um Estado Contratante a investidores de terceiros Estados com base num acordo para evitar a dupla tributação ou de outros acordos de natureza fiscal.

Artigo 4

(1) Os investimentos de investidores de um dos Estados Contratantes gozarão no território do outro Estado Contratante de plena protecção e plena segurança.

(2) No território de cada um dos Estados Contratantes os investimentos de investidores do outro Estado Contratante só poderão ser directa ou indirectamente expropriados, nacionalizados ou sujeitos a outras medidas com efeitos equivalentes à expropriação ou nacionalização, por razões de utilidade pública e mediante indemnização. A indemnização deverá corresponder ao valor do investimento expropriado imediatamente antes da data em que se tornou pública a intenção ou a execução da expropriação, da nacionalização ou da tomada de qualquer outra medida com efeitos equivalentes. A indemnização deverá ser paga sem demora e vencerá juros à taxa bancária usual, até à data da sua liquidação; deverá ser efectivamente realizável e livremente transferível. O mais tardar no momento da expropriação, nacionalização ou medida equivalente deverão ser tomadas as providências adequadas para fixar o valor da indemnização e o seu pagamento. O carácter legal da expropriação, nacionalização ou medida equivalente e o montante da indemnização deverão poder ser verificados num procedimento judicial ordinário.

(3) Os investidores de um dos Estados Contratantes que venham a sofrer perdas de investimentos no território do outro

notstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von diesem Vertragsstaat hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als seine eigenen Investoren. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Investoren eines Vertragsstaats im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats Meistbegünstigung.

Artikel 5

Jeder Vertragsstaat gewährleistet den Investoren des anderen Vertragsstaats den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Erlöses aus der vollständigen oder teilweisen Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

Artikel 6

Leistet ein Vertragsstaat seinen Investoren Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats, so erkennt dieser andere Vertragsstaat, unbeschadet der Rechte des erstgenannten Vertragsstaats aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Investoren kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf den erstgenannten Vertragsstaat an. Ferner erkennt der andere Vertragsstaat den Eintritt des erstgenannten Vertragsstaats in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche der erstgenannte Vertragsstaat in demselben Umfang wie sein Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

(1) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder Artikel 6 erfolgen unverzüglich zu dem am Tag des Transfers geltenden Marktkurs.

(2) Gibt es keinen Devisenmarkt, so gilt der Kreuzkurs (cross rate), der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum

to war or other armed conflict, revolution, a state of national emergency, or revolt, shall be accorded treatment no less favourable by such other Contracting State than that which the latter Contracting State accords to its own investors as regards restitution, indemnification, compensation or other valuable consideration. Such payments shall be freely transferable.

(4) Investors of either Contracting State shall enjoy most-favoured-nation treatment in the territory of the other Contracting State in respect of the matters provided for in this Article.

Article 5

Each Contracting State shall guarantee to investors of the other Contracting State the free transfer of payments in connection with an investment, in particular

- (a) the principal and additional amounts to maintain or increase the investment;
- (b) the returns;
- (c) the repayment of loans;
- (d) the proceeds from the liquidation or the sale of the whole or any part of the investment;
- (e) the compensation provided for in Article 4.

Article 6

If either Contracting State makes a payment to any of its investors under a guarantee it has assumed in respect of an investment in the territory of the other Contracting State, the latter Contracting State shall, without prejudice to the rights of the former Contracting State under Article 10, recognize the assignment, whether under a law or pursuant to a legal transaction, of any right or claim of such investor to the former Contracting State. The latter Contracting State shall also recognize the subrogation of the former Contracting State to any such right or claim (assigned claims) which that Contracting State shall be entitled to assert to the same extent as its predecessor in title. As regards the transfer of payments made by virtue of such assigned claims, Article 4 (2) and (3) as well as Article 5 shall apply mutatis mutandis.

Article 7

(1) Transfers under Article 4 (2) or (3), under Article 5 or Article 6 shall be made without delay at the market rate of exchange applicable on the day of the transfer.

(2) Should there be no foreign exchange market the cross rate obtained from those rates which would be applied by the International Monetary Fund on the date of

Estado Contratante, provocadas por guerra ou outros conflitos armados, revolução, estado de emergência nacional ou sublevação, não receberão desse Estado Contratante, em matéria de restituições, compensações, indemnizações ou demais retribuições, um tratamento menos favorável do que o concedido aos seus próprios investidores. Tais pagamentos deverão ser livremente transferíveis.

(4) Em relação à matéria regulamentada pelo presente Artigo, os investidores de um dos Estados Contratantes gozarão no território do outro Estado Contratante do tratamento de nação mais favorecida.

Artigo 5

Cada Estado Contratante garantirá aos investidores do outro Estado Contratante a livre transferência de pagamentos relacionadas com um investimento, nomeadamente

- a) do capital e dos montantes adicionais necessários à manutenção ou ampliação do investimento;
- b) dos rendimentos;
- c) da amortização de empréstimos;
- d) do produto resultante da liquidação ou alienação total ou parcial do investimento;
- e) das indemnizações previstas no Artigo 4.

Artigo 6

Se um dos Estados Contratantes efectuar pagamentos aos seus investidores devido a uma garantia assumida em relação a um investimento no território do outro Estado Contratante, este, sem prejuízo dos direitos do primeiro Estado Contratante previstos pelo Artigo 10, reconhecerá a transferência de todos os direitos ou pretensões daqueles investidores para o primeiro Estado Contratante, seja por efeito legal, seja com base em acto jurídico. Para além disso, o outro Estado Contratante reconhecerá como sub-rogado o primeiro Estado Contratante em relação a todos esses direitos ou pretensões (direitos transferidos), podendo este exercê-los na mesma medida em que o faria o seu titular original. À transferência de montantes decorrentes dos direitos transferidos aplicar-se-ão, analogamente, as disposições dos parágrafos 2 e 3 do Artigo 4, bem como as do Artigo 5.

Artigo 7

(1) As transferências ao abrigo dos parágrafos 2 ou 3 do Artigo 4, do Artigo 5 ou do Artigo 6 serão efectuadas sem demora à taxa oficial de mercado no dia da transferência.

(2) Em caso de inexistência de um mercado de divisas, aplicar-se-á a taxa cruzada (cross rate) que resulta das taxas de câmbio que o Fundo Monetário Interna-

Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsstaaten bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Investoren des anderen Vertragsstaats eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jeder Vertragsstaat wird jede andere Verpflichtung einhalten, die er in Bezug auf Kapitalanlagen von Investoren des anderen Vertragsstaats in seinem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 9

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Investoren des einen Vertragsstaats in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats in dessen Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsstaaten beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen eines der beiden Vertragsstaaten einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jeder Vertragsstaat ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsstaaten zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem der eine Vertragsstaat dem anderen mitgeteilt hat, dass er die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jeder Vertragsstaat den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten oder ist er aus einem anderen Grund verhindert,

payment for conversions of the currencies concerned into Special Drawing Rights shall apply.

Article 8

(1) If the legislation of either Contracting State or obligations under international law existing at present or established hereafter between the Contracting States in addition to this Treaty contain a regulation, whether general or specific, entitling investments by investors of the other Contracting State to a treatment more favourable than is provided for by this Treaty, such regulation shall to the extent that it is more favourable prevail over this Treaty.

(2) Each Contracting State shall observe any other obligation it has assumed with regard to investments in its territory by investors of the other Contracting State.

Article 9

This Treaty shall also apply to investments made prior to its entry into force by investors of either Contracting State in the territory of the other Contracting State consistent with the latter's legislation.

Article 10

(1) Divergencies between the Contracting States concerning the interpretation or application of this Treaty should as far as possible be settled by the governments of the two Contracting States.

(2) If a divergency cannot thus be settled, it shall upon the request of either Contracting State be submitted to an arbitration tribunal.

(3) Such arbitration tribunal shall be constituted ad hoc as follows: each Contracting State shall appoint one member, and these two members shall agree upon a national of a third State as their chairman to be appointed by the governments of the two Contracting States. Such members shall be appointed within two months, and such chairman within three months from the date on which either Contracting State has informed the other Contracting State that it intends to submit the dispute to an arbitration tribunal.

(4) If the periods specified in paragraph 3 above have not been observed, either Contracting State may, in the absence of any other arrangement, invite the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President is a national of either Contracting State or if he is otherwise prevented from discharging the said function, the

cional tomaria por base na data da conversão das respectivas moedas em direitos especiais de saque.

Artigo 8

(1) Caso resulte das disposições legais de um dos Estados Contratantes ou das obrigações no âmbito do Direito Internacional que existem ou passarão a existir no futuro entre os Estados Contratantes para além deste Acordo um regulamento geral ou específico que preveja, para os investimentos dos investidores do outro Estado Contratante, um tratamento mais favorável do que o inscrito neste Acordo, este regulamento prevalecerá sobre o presente Acordo na medida em que for mais favorável.

(2) Cada um dos Estados Contratantes cumprirá todas as outras obrigações assumidas em relação a investimentos de investidores do outro Estado Contratante no seu território.

Artigo 9

Este Acordo aplicar-se-á também a investimentos que investidores de um dos Estados Contratantes efectuaram em conformidade com as disposições legais do outro Estado Contratante no território do mesmo, já antes da entrada em vigor do presente Acordo.

Artigo 10

(1) Os diferendos que surgirem entre os Estados Contratantes sobre a interpretação ou aplicação do presente Acordo deverão ser dirimidos, na medida do possível, pelos Governos dos dois Estados Contratantes.

(2) Se um diferendo não puder ser dirimido por esta via, será submetido, a pedido de qualquer um dos Estados Contratantes, a um tribunal de arbitragem.

(3) O tribunal de arbitragem será constituído "ad hoc", sendo que cada um dos Estados Contratantes nomeará um membro e ambos os membros escolherão, de comum acordo, um nacional dum terceiro Estado como presidente, que será nomeado pelos Governos dos dois Estados Contratantes. Os membros deverão ser nomeados no prazo de dois meses e o presidente dentro de três meses, a contar da data em que um dos Estados Contratantes tenha comunicado ao outro que deseja submeter o diferendo a um tribunal de arbitragem.

(4) Em caso de inobservância dos prazos previstos no parágrafo 3, cada um dos Estados Contratantes poderá, na falta de outro ajuste, solicitar ao Presidente do Tribunal Internacional de Justiça que proceda às necessárias nomeações. Caso o Presidente tenha a nacionalidade dum dos Estados Contratantes ou esteja impedido por qualquer outra razão, caberá ao Vice-

so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten seines Mitglieds sowie seiner Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im Übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 11

(1) Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf Kapitalanlagen zwischen einem der Vertragsstaaten und einem Investor des anderen Vertragsstaats sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Investors des anderen Vertragsstaats einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, wird die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsverfahren im Rahmen des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten unterworfen.

(3) Der Schiedsspruch ist bindend und unterliegt keinen anderen als den in dem genannten Übereinkommen vorgesehenen Rechtsmitteln oder sonstigen Rechtsbehelfen. Er wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(4) Der an der Streitigkeit beteiligte Vertragsstaat wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, dass der Investor des anderen Vertragsstaats eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

Artikel 12

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsstaaten diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Vice-President should make the necessary appointments. If the Vice-President is a national of either Contracting State or if he, too, is prevented from discharging the said function, the member of the Court next in seniority who is not a national of either Contracting State should make the necessary appointments.

(5) The arbitration tribunal shall reach its decisions by a majority of votes. Such decisions shall be binding. Each Contracting State shall bear the cost of its own member and of its representatives in the arbitration proceedings; the cost of the chairman and the remaining costs shall be borne in equal parts by the Contracting States. The arbitration tribunal may make a different regulation concerning costs. In all other respects, the arbitration tribunal shall determine its own procedure.

Article 11

(1) Divergencies concerning investments between a Contracting State and an investor of the other Contracting State should as far as possible be settled amicably between the parties in dispute.

(2) If the divergency cannot be settled within six months of the date when it has been raised by one of the parties in dispute, it shall, at the request of the investor of the other Contracting State, be submitted for arbitration. Unless the parties in dispute agree otherwise, the divergency shall be submitted for arbitration under the Convention of 18 March 1965 on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States.

(3) The award shall be binding and shall not be subject to any appeal or remedy other than those provided for in the said Convention. The award shall be enforced in accordance with domestic law.

(4) During arbitration proceedings or the enforcement of an award, the Contracting State involved in the dispute shall not raise the objection that the investor of the other Contracting State has received compensation under an insurance contract in respect of all or part of the damage.

Article 12

This Treaty shall be in force irrespective of whether or not diplomatic or consular relations exist between the Contracting States.

presidente proceder às nomeações. Se também o Vice-presidente possuir a nacionalidade dum dos Estados Contratantes ou também estiver impedido, as nomeações caberão ao membro seguinte na hierarquia do Tribunal que não possuir a nacionalidade de um dos Estados Contratantes.

(5) O tribunal de arbitragem decidirá por voto maioritário. As suas decisões serão vinculativas. Cada um dos Estados Contratantes suportará, durante o processo diante do tribunal de arbitragem, os custos do seu membro, bem como os do seu substituto; ambos os Estados Contratantes arcarão, em partes iguais, com os custos do presidente e com os custos diversos. O tribunal de arbitragem poderá adoptar um regime alternativo em relação aos custos. Para além disso, o tribunal de arbitragem definirá as suas próprias regras processuais.

Artigo 11

(1) Diferendos em relação a investimentos que tenham surgido entre um dos Estados Contratantes e um investidor do outro Estado Contratante deverão, na medida do possível, ser dirimidos de forma amigável entre as partes litigantes.

(2) Se um diferendo não puder ser dirimido dentro dum prazo de seis meses, contados a partir da data em que uma das partes litigantes o tenha manifestado, será submetido, a pedido do investidor do outro Estado Contratante, a um tribunal de arbitragem. Na medida em que as partes litigantes não chegarem a outro acordo, o diferendo será submetido a um processo de arbitragem no quadro da Convenção de 18 de Março de 1965 para a Resolução de Diferendos relativos a Investimentos entre Estados e Nacionais de outros Estados.

(3) A sentença arbitral será vinculativa e ficará submetida unicamente aos recursos ou demais acções legais previstos pela referida Convenção. A execução obedecerá ao Direito nacional.

(4) Durante o processo de arbitragem ou a execução da sentença arbitral, o Estado Contratante envolvido no diferendo não poderá fazer valer como objecção o facto de o investidor do outro Estado Contratante ter recebido, por uma parte ou pela totalidade do prejuízo, a indemnização de um seguro.

Artigo 12

O presente Acordo vigorará independentemente do facto de existirem ou não relações diplomáticas ou consulares entre os dois Estados Contratantes.

Artikel 13

Das beiliegende Protokoll ist Bestandteil dieses Vertrags.

Artikel 14

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht einer der beiden Vertragsstaaten den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich auf diplomatischem Weg kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit von einem der beiden Vertragsstaaten mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die vorstehenden Artikel noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Berlin am 10. August 2005 in zwei Urschriften, jede in deutscher, portugiesischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des portugiesischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Article 13

The attached Protocol shall form an integral part of this Treaty.

Article 14

(1) This Treaty shall be subject to ratification; the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible.

(2) This Treaty shall enter into force one month after the date of exchange of the instruments of ratification. It shall remain in force for a period of ten years and shall be extended thereafter for an unlimited period unless denounced in writing through diplomatic channels by either Contracting State twelve months before its expiration. After the expiry of the period of ten years this Treaty may be denounced at any time by either Contracting State giving twelve months' notice.

(3) In respect of investments made prior to the date of termination of this Treaty, the provisions of the preceding Articles shall continue to be effective for a further period of twenty years from the date of termination of this Treaty.

Done at Berlin on August 10, 2005 in duplicate in the German, Portuguese and English languages, all three texts being authentic. In case of divergent interpretations of the German and Portuguese texts, the English text shall prevail.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany
Pela República Federal da Alemanha

Georg Boomgaarden

Für die Demokratische Republik Timor-Leste
For the Democratic Republic of Timor-Leste
Pela República Democrática de Timor-Leste

J. Ramos-Horta

Artigo 13

O Protocolo anexo é parte integrante do presente Acordo.

Artigo 14

(1) O presente Acordo carece de ratificação; os instrumentos de ratificação deverão ser trocados o mais brevemente possível.

(2) O presente Acordo entrará em vigor um mês após a troca dos instrumentos de ratificação. Permanecerá em vigor por um período de dez anos após o qual será prorrogado por tempo indeterminado, a não ser que um dos dois Estados Contratantes o denuncie, mediante notificação por escrito encaminhada por via diplomática, com uma antecedência de doze meses. Expirado o período de dez anos, o Acordo poderá ser denunciado a qualquer momento, com uma antecedência de doze meses, por cada um dos Estados Contratantes.

(3) Relativamente aos investimentos realizados até ao momento em que expira o presente Acordo, as disposições dos Artigos anteriores continuarão em vigor por mais vinte anos, contados a partir da data em que expira o Acordo.

Feito em Berlim, aos 10 dias do mês de Agosto de 2005, em dois originais, cada um nas línguas alemã, portuguesa e inglesa, fazendo todos os três textos fé. Em caso de interpretação divergente dos textos alemão e português prevalecerá a versão inglesa do texto.

Protokoll
zum Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Demokratischen Republik Timor-Leste
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Protocol
to the Treaty
between the Federal Republic of Germany
and the Democratic Republic of Timor-Leste
concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments

Protocolo
ao Acordo
entre a República Federal da Alemanha
e a República Democrática de Timor-Leste
sobre a Promoção e Protecção Recíproca de Investimentos

Die Bundesrepublik Deutschland und die Demokratische Republik Timor-Leste haben zum Vertrag vom 10. August 2005 über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen die nachfolgenden Bestimmungen vereinbart:

1. Zu Artikel 1

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Falle ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger eines Vertragsstaats jede Person, die einen von den zuständigen Behörden des betreffenden Vertragsstaats ausgestellten nationalen Reisepass besitzt.

2. Zu Artikel 2

Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandssockels, soweit das Völkerrecht dem jeweiligen Vertragsstaat die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

3. Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Erhaltung, der Gebrauch, die Nutzung und die Verfügung über eine Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die unterschiedliche Behandlung im Falle von Einschränkungen des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die unterschiedliche Be-

The Federal Republic of Germany and the Democratic Republic of Timor-Leste have agreed on the following provisions to the Treaty of 10 August, 2005 concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments:

1. Ad Article 1

- (a) Returns from the investment and, in the event of their re-investment, the returns therefrom shall enjoy the same protection as the investment.
- (b) Without prejudice to any other method of determining nationality, in particular any person in possession of a national passport issued by the competent authorities of the Contracting State concerned shall be deemed to be a national of that Contracting State.

2. Ad Article 2

The Treaty shall also apply to the areas of the exclusive economic zone and the continental shelf insofar as international law permits the Contracting State concerned to exercise sovereign rights or jurisdiction in these areas.

3. Ad Article 3

- (a) The following shall more particularly, though not exclusively, be deemed “activity” within the meaning of Article 3 (2): the management, maintenance, use, enjoyment and disposal of an investment. The following shall, in particular, be deemed “treatment less favourable” within the meaning of Article 3: unequal treatment in the case of restrictions on the purchase of raw or auxiliary materials, of energy or fuel or of means of production or operation of any kind, unequal treatment in the case of impeding the

A República Federal da Alemanha e a República Democrática de Timor-Leste acordaram as seguintes disposições adicionais ao Acordo de 10 de Agosto de 2005 sobre a Promoção e Protecção Recíproca de Investimentos:

1. No tocante ao Artigo 1

- a) Rendimentos do investimento e, no caso do seu reinvestimento, também os rendimentos deste, gozarão da mesma protecção que os investimentos.
- b) Sem prejuízo de outros procedimentos para a constatação da nacionalidade, será considerado, em especial, como cidadão de um Estado Contratante a pessoa que possui um passaporte nacional emitido pelas autoridades competentes do respectivo Estado Contratante.

2. No tocante ao Artigo 2

O Acordo estender-se-á aos territórios da zona económica exclusiva e da plataforma continental, na medida em que o Direito Internacional permitir ao respectivo Estado Contratante o exercício de direitos soberanos ou competências de soberania nestes territórios.

3. No tocante ao Artigo 3

- a) Entenda-se por “actividades” nos termos do parágrafo 2 do Artigo 3, particularmente mas não exclusivamente, a gestão, a preservação, o uso, o desfrute e a disposição de um investimento. Por tratamento “menos favorável” nos termos do Artigo 3 entenda-se particularmente: um tratamento desigual no caso de limitações na aquisição de matérias-primas e auxiliares, energia e combustíveis, bem como meios produtivos e operacionais de todo tipo, o tratamento desigual no caso de impedimentos na venda

handlung im Falle von Behinderungen des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.

- b) Artikel 3 verpflichtet einen Vertragsstaat nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, die nach seinen Steuergesetzen nur den in seinem Hoheitsgebiet ansässigen Investoren gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats ansässige Investoren auszudehnen.
- c) Die Vertragsstaaten werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen des einen Vertragsstaats, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das Gleiche gilt für Arbeitnehmer des einen Vertragsstaats, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitsgenehmigung werden wohlwollend geprüft.

4. Zu Artikel 7

Als „unverzüglich“ erfolgt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist durchgeführt wird, die normalerweise zur Erledigung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

- 5. Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird ein Vertragsstaat die Transportunternehmen des anderen Vertragsstaats weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen. Hierunter fallen Beförderungen von
 - a) Gütern, die unmittelbar für die Kapitalanlage im Sinne des Vertrags bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder im Auftrag eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne des Vertrags angelegt sind;
 - b) Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage reisen.

marketing of products inside or outside the country, as well as any other measures having similar effects. Measures that have to be taken for reasons of public security and order, public health or morality shall not be deemed “treatment less favourable” within the meaning of Article 3.

- (b) The provisions of Article 3 do not oblige a Contracting State to extend to investors resident in the territory of the other Contracting State tax privileges, tax exemptions and tax reductions which according to its tax laws are granted only to investors resident in its territory.
- (c) The Contracting States shall within the framework of their national legislation give sympathetic consideration to applications for the entry and sojourn of persons of either Contracting State who wish to enter the territory of the other Contracting State in connection with an investment; the same shall apply to employed persons of either Contracting State who in connection with an investment wish to enter the territory of the other Contracting State and sojourn there to take up employment. Applications for work permits shall also be given sympathetic consideration.

4. Ad Article 7

A transfer shall be deemed to have been made “without delay” within the meaning of Article 7 (1) if effected within such period as is normally required for the completion of transfer formalities. The said period shall commence on the day on which the relevant request has been submitted and may on no account exceed two months.

- 5. Whenever goods or persons connected with an investment are to be transported, each Contracting State shall neither exclude nor hinder transport enterprises of the other Contracting State and shall issue permits as required to carry out such transport. This shall include the transport of
 - (a) goods directly intended for an investment within the meaning of the Treaty or acquired in the territory of either Contracting State or of any third State by or on behalf of an enterprise in which assets within the meaning of the Treaty are invested;
 - (b) persons travelling in connection with an investment.

de produtos dentro e fora do país, assim como outras medidas com efeito semelhante. Medidas a serem tomadas por razões de segurança e de ordem públicas, de saúde pública ou moralidade não serão consideradas tratamento “menos favorável” nos termos do Artigo 3.

- b) O Artigo 3 não obrigará um Estado Contratante a estender benefícios, isenções e reduções fiscais, concedidos em conformidade com a sua legislação fiscal apenas a investidores domiciliados no seu território, a investidores domiciliados no território do outro Estado Contratante.
- c) Os Estados Contratantes considerarão com benevolência, no quadro da sua legislação interna, pedidos de entrada e residência de pessoas de um dos Estados Contratantes, que solicitem a entrada no território do outro Estado Contratante por razões ligadas a um investimento; o mesmo será válido para trabalhadores de um dos Estados Contratantes que entrem no território do outro Estado Contratante, querendo lá permanecer para exercer uma actividade como trabalhadores. Também os pedidos para obter uma autorização de trabalho serão considerados com benevolência.

4. No tocante ao Artigo 7

Será considerada como efectuada “sem demora”, nos termos do parágrafo 1 do Artigo 7, uma transferência executada no prazo normalmente necessário para cumprir as formalidades da transferência. O prazo começará a contar a partir da apresentação do respectivo pedido e de forma alguma deverá ultrapassar dois meses.

- 5. Sempre que forem transportadas mercadorias ou pessoas por razões ligadas a um investimento, o Estado Contratante não excluirá nem impedirá as empresas de transporte do outro Estado Contratante, concedendo, sempre que necessário, autorizações para a realização dos transportes. Estão abrangidos transportes de
 - a) mercadorias destinadas directamente ao investimento nos termos do Acordo ou adquiridas no território de um dos Estados Contratantes ou de um terceiro Estado por uma empresa ou por solicitação de uma empresa, na qual estão investidos activos nos termos do Acordo;
 - b) pessoas, que viajem por razões ligadas a um investimento.

Denkschrift zum Vertrag

I. Allgemeines

Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt den wirtschaftlichen Aufbau der Entwicklungs- und Schwellenländer durch eine Reihe von Maßnahmen. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Förderung privater Kapitalanlagen. Private Kapitalanlagen sind in besonderem Maße geeignet, die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder zu fördern und ihre außenwirtschaftlichen Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland zu verstärken. Investitionen der privaten Wirtschaft vermitteln neben Risikokapital vor allem auch technisches Wissen und unternehmerische Erfahrung.

Ein Mittel zur Förderung von Direktinvestitionen ist der Abschluss von Investitionsförderungs- und -schutzverträgen. Sie dienen der Förderung und dem Schutz privater Kapitalanlagen in den oben genannten Ländern, indem sie bestimmte Rahmenbedingungen in völkerrechtlich verbindlicher Form festlegen.

Die Verträge sind ferner eine wichtige Voraussetzung für die Übernahme von Investitions Garantien gegen politische Risiken. Nach den Bestimmungen des Haushaltsgesetzes kann der Bund derartige Garantien grundsätzlich nur dann übernehmen, wenn mit dem betreffenden Land ein Investitionsförderungs- und -schutzvertrag besteht.

Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokratischen Republik Timor-Leste entspricht im Wesentlichen dem deutschen Mustervertrag, der auch Grundlage entsprechender Verträge mit anderen asiatischen Staaten ist.

II. Besonderes

Der Vertrag besteht aus 14 Artikeln; ihm ist ein Protokoll beigelegt.

Zu Artikel 1

Die Bestimmung enthält die Definition der Begriffe „Kapitalanlagen“, „Erträge“ und „Investor“. Gemäß Protokollnummer 1 Buchstabe a genießen Erträge den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage. Protokollnummer 1 Buchstabe b enthält eine Klarstellung zur Feststellung der Staatsangehörigkeit.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung enthält die allgemeine Förderungsklausel und das Prinzip einer gerechten und billigen Behandlung. Zugelassene Kapitalanlagen genießen den vollen Schutz des Vertrags. Jede Seite sichert ferner zu, Kapitalanlagen der anderen Seite nicht zu diskriminieren. Protokollnummer 2 enthält eine Klarstellung über den territorialen Geltungsbereich des Vertrags.

Zu Artikel 3

Hier ist der Grundsatz der Inländerbehandlung und Meistbegünstigung niedergelegt. Danach dürfen vorgenommene Kapitalanlagen nicht weniger günstig behandelt werden als eigene Kapitalanlagen oder solche dritter Staaten. In Protokollnummer 3 Buchstabe a werden einige Beispiele einer nach dem Vertrag unzulässigen

Schlechterbehandlung aufgeführt. Protokollnummer 3 Buchstabe b stellt klar, dass die Gewährung bestimmter steuerlicher Vergünstigungen an Gebietsansässige nicht im Widerspruch zum Gebot der Inländerbehandlung steht. Protokollnummer 3 Buchstabe c enthält eine Wohlwollensklausel hinsichtlich Einreise, Aufenthalt und Arbeitsgenehmigung im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung behandelt den Eigentumsschutz sowie die Entschädigungspflicht im Falle einer Enteignung und gewährt den ordentlichen Rechtsweg zur Überprüfung von Enteignungsmaßnahmen. Bei Verlusten an Kapitalanlagen infolge von Krieg, Revolution, Staatsnotstand oder sonstiger Ausnahmesituationen wird Inländerbehandlung und Meistbegünstigung im Falle einer Entschädigung zugesichert.

Zu Artikel 5

Der Artikel enthält das wichtige Prinzip des freien Transfers von Kapital und Erträgen.

Zu Artikel 6

Die Bestimmung enthält den Grundsatz der Subrogation, wonach die Bundesrepublik Deutschland im Falle einer Entschädigungszahlung an den deutschen Investor aufgrund einer Bundesgarantie gegen nichtkommerzielle Risiken die auf sie übergegangenen Rechte des Investors im eigenen Namen gegenüber dem Vertragspartner geltend machen kann.

Zu Artikel 7

Hier werden Festlegungen über den anzuwendenden Wechselkurs für Transferzahlungen und – in Protokollnummer 4 – über die zu beachtende Transferfrist getroffen.

Zu Artikel 8

Nach diesem Artikel gehen günstigere Regelungen für den Investor, ob nach dem Recht des Anlagelandes oder aufgrund von völkerrechtlichen Verpflichtungen, dem Vertrag vor (Besserstellungsklausel). Zugleich sichern die Vertragsstaaten zu, dass sie dem Investor gegenüber eingegangene Verpflichtungen einhalten werden.

Zu Artikel 9

Die Vorschrift regelt den Geltungsbereich des Vertrags. Danach gilt dieser auch für Kapitalanlagen, die vor seinem Inkrafttreten in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des betreffenden Vertragsstaats vorgenommen worden sind.

Zu Artikel 10

Der Artikel sieht ein Schiedsverfahren bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung des Vertrags vor, falls diese nicht gütlich zwischen den Vertragsstaaten beigelegt werden können.

Zu Artikel 11

Der Artikel sieht eine internationale Schiedsgerichtsbarkeit bei Meinungsverschiedenheiten zwischen einem Investor und dem jeweiligen Gaststaat vor.

Zu Artikel 12

Dieser Artikel enthält die übliche Fortgeltungsklausel, falls keine diplomatischen oder konsularischen Beziehungen zwischen den Vertragsstaaten bestehen sollten.

Zu Artikel 13

Der Artikel stellt klar, dass das beiliegende Protokoll Bestandteil des Vertrags ist.

Zu Artikel 14

Die Bestimmung enthält Regelungen über das Inkrafttreten des Vertrags, seine Geltungsdauer und Kündigung sowie über den nachwirkenden Rechtsschutz nach erfolgter Kündigung.

Zum Protokoll

Das Protokoll enthält eine Reihe Erläuterungen und Ausführungsbestimmungen, die Bestandteil des Vertrags sind. Abgesehen von den im Zusammenhang mit den jeweiligen Artikeln erwähnten Bestimmungen enthält das Protokoll in Nummer 5 ein Diskriminierungsverbot bei Beförderungen von Gütern und Personen im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage.